

Wahlprüfstein DIE LINKE

VENRO e.V.
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Entwicklungspolitik

Stellenwert und konzeptionelle Ausrichtung

Die Welt befindet sich im Wandel, was uns angesichts der multiplen Krisen dramatisch vor Augen geführt wird. Ernährung-, Energie-, Klima- und Weltwirtschaftskrise hängen eng miteinander zusammen und bedrohen vor allem die ärmsten Menschen in den Entwicklungsländern. Dies stellt die Entwicklungspolitik vor große Herausforderungen. Darüber hinaus wird international, aber auch in Deutschland (siehe „Bonner Aufruf“) die Ausrichtung der Entwicklungspolitik in Frage gestellt. Eines der Hauptargumente ist dabei, dass 50 Jahre Entwicklungspolitik und Milliarden an Hilfsgeldern kaum Erfolge gebracht haben.

a) Wie sieht aus Sicht Ihrer Partei die Zukunft der Entwicklungspolitik aus? Welche Reformen und neuen Ansätze sind angesichts einer sich wandelnden Welt notwendig?

DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuorientierung unserer Beziehungen zu den Ländern des Südens. Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik müssen an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden. Eine wirksame deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt einen Systemwechsel in den Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Handelspolitiken sowie der Agrarpolitik voraus. Denn ein Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord nach Süd fließt, kommt über Zinstilgungen, Kapitalflucht und ungerechten Handel zurück in die reichen Länder. Die jetzige Krise zeigt: Die Politik des Freihandels und der Liberalisierung ist gescheitert. Sie führt zu immer mehr Krisenanfälligkeit und noch mehr Abhängigkeit. Sie behindert die Entwicklung im Süden und die weltweite Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung. Eine selbstbestimmte Entwicklung und die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens zu stärken, sind hingegen vorrangige entwicklungspolitische Ziele für DIE LINKE.

Dazu muss Entwicklungspolitik die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte als Gegenpol zur globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Land fördern und für gerechte Preise eintreten. Die Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ist zu verstärken, auf Kosten der rein exportorientierten Agrarindustrie. Die lokalen Produzentinnen und Produzenten sind vor Preis-Dumping und Verdrängungswettbewerb zu schützen, die durch die Agrarexportsubventionen der EU und durch Freihandelsabkommen begünstigt werden.

Die LINKE fordert wie der Weltagrarrat IAASTD eine radikale Wende der Agrarpolitik und -forschung. Schwerpunkt in der Agrarpolitik müssen Kleinbauern und angepasste Technologien, gerechte Land- und Ressourcenverteilung sein. Die globale Verteilung der Nahrungsmittel darf

nicht länger dem Weltmarkt überlassen werden. Aus diesem Grund setzt sich Die LINKE für ein Importverbot für Agrartreibstoffe und ein Verbot von Spekulation mit Nahrungsmitteln ein.

b) Unterstützt Ihre Partei den Erhalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung? Welche Vor- oder Nachteile hat ein eigenständiges Entwicklungsministerium aus Ihrer Sicht?

DIE LINKE kritisiert die zunehmende Unterordnung der Entwicklungspolitik unter wirtschafts- und sicherheitspolitische Ziele. Durch eine institutionelle Einbettung würde diese Entwicklung noch verstärkt. DIE LINKE will eine eigenständige Entwicklungspolitik, die ihre Ziele entsprechend der Entwicklungsbedürfnisse der Bevölkerung Partner definiert und nicht etwa entlang geostrategischer oder wirtschaftlicher Überlegungen. DIE LINKE wird sich deshalb für den Erhalt des eigenständigen Ministeriums einsetzen.

c) Sollten aus Sicht Ihrer Partei die (außen-)politischen Entscheidungen der Bundesregierung die möglichen Auswirkungen auf Entwicklungsländer berücksichtigen?

Selbstverständlich – das gilt nicht nur für die Außen-, sondern genauso für die Wirtschafts-, Verteidigungs- und Agrar- und Umweltpolitik (z.B. Agrotreibstoffe). DIE LINKE fordert eine kohärente Politik, in der auf allen Politikfeldern die Ziele der Entwicklungspolitik berücksichtigt werden müssen – und nicht umgekehrt, so wie es momentan der Fall ist.

Millenniumsentwicklungsziele

Die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 ist gefährdet. Es ist notwendig, klar zu definieren, welche Aktionen in den verbleibenden fünf Jahren vonstatten gehen sollen.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Deutschland einen MDG-Aktionsplan verabschiedet, der die Initiativen Deutschlands zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 festlegt und ressortübergreifend koordiniert?

Die LINKE unterstützt die Forderung nach einem MDG-Aktionsplan. Wir weisen allerdings immer daraufhin, dass unseres Erachtens, die MDGs nicht alle Bereiche umfassen (z.B. Friedenspolitik) und eine wichtige aber nicht hinreichende Initiative für eine nachhaltige Entwicklung sind. Wir fordern vor allem einen Politikwechsel in der Finanz- und Handelspolitik.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Themen, die bisher in den Millenniumsentwicklungszielen zu wenig oder überhaupt nicht berücksichtigt werden, wie Good Governance, Menschen- und Frauenrechte, Frieden und Sicherheit und Menschen mit Behinderungen bei einer Fortschreibung der Millenniumsentwicklungsziele stärker berücksichtigt werden?

Ja, die LINKE hat sich in zahlreichen parlamentarischen Initiativen insbesondere für die Einhaltung der Menschen- und Frauenrechte, gegen zivil-militärische Zusammenarbeit für Abrüstung sowie für zivile Krisen- und Konfliktprävention eingesetzt. Die Integration und Gleichberechtigung behinderter Menschen ist für die LINKE selbstverständlich und muss auch verstärkt in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden.

Entwicklungsfinanzierung

Entwicklung braucht Finanzierung. Als Orientierungspunkt haben die Vereinten Nationen das Ziel vorgegeben, dass die Geberstaaten bis 2015 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen. Deutschland hat sich dem Europäischen Stufenplan verpflichtet, der bis 2010 0,51% und bis 2015 0,7% des BNE für Entwicklungszusammenarbeit vorsieht.

a) Ist aus Sicht Ihrer Partei die Anrechnung von Entschuldungsmaßnahmen in die ODA-Quote gerechtfertigt?

DIE LINKE hat sich in zahlreichen Bundestagsreden und parlamentarischen Initiativen gegen die Anrechnung von Entschuldungsmaßnahmen, Abschiebekosten und Studienplatzkosten von Ausländer/innen auf die ODA-Quote ausgesprochen.

b) Ist Ihre Partei dafür, langfristig angelegte, neue innovative Finanzierungsinstrumente für Entwicklung einzuführen? Wenn ja, welche könnten das Ihrer Meinung nach sein?

DIE LINKE hat als erste Fraktion im Bundestag die Einführung der Flugticketabgabe gefordert. Leider ist unsere Initiative (BT-Drs. 16/1126) am Widerstand der anderen Fraktionen gescheitert. DIE LINKE hält an ihrer Forderung fest. Wir fordern außerdem global koordinierte Steuern auf Kohlendioxid und Finanztransaktionen, die für Klimaschutz und Entwicklung verwendet werden sollen.

c) Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Empfehlungen der „UN-Expert Group on Financing for Gender Equality“, den Anteil von Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit an der ODA-Quote bis zum Jahr 2010 auf 10 % und bis zum Jahr 2015 auf 20% zu erhöhen?

Geschlechtergerechtigkeit auf allen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ebenen muss Ziel der Entwicklungspolitik sein. Dafür müssen gendergerechte Haushalte aufgestellt, Projekte und Maßnahmen umgesetzt und in Frauenförderungsprojekte investiert werden. DIE LINKE unterstützt grundsätzlich die Empfehlung der Expert Group, ist aber nicht der Meinung, dass Quoten allein zum Ziel führen.

Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Mit der Paris-Deklaration und der Accra Agenda for Action haben sich Geber- und Partnerländer sowie internationale Institutionen auf fünf zentrale Prinzipien und eine Vielzahl von Handlungsvorschlägen verständigt, um die Partnerorientierung, die Effektivität und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen.

a) Wie bewerten Sie diese beiden zentralen Dokumente und was sollte Deutschland zur besseren Umsetzung der Paris- Prinzipien und der Accra-Agenda tun?

Die LINKE teilt die Kritik, die von zahlreichen NGOs erhoben wird: die Paris-Deklaration beschränkt sich vorwiegend auf die technischen Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit und definiert Hilfe primär als „Geschäft zwischen Regierungen“. Deutschland sollte auf eine stärkere Beteiligung nationaler Parlamente und der Zivilgesellschaft drängen sowie auf die Einbeziehung qualitativer Ziele wie Beseitigung der Armut und sozialer Ungleichheiten, die Einhaltung der Menschenrechte, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und des Umweltschutzes.

Die LINKE kritisiert die Accra Agenda, weil sie gerade die Wirtschafts- und Handelspolitik außer Acht lässt, die aber von zentraler Bedeutung in der Entwicklungszusammenarbeit ist. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass a) Wirtschafts- und Handelspolitik in die Accra Agenda einbezogen werden und b) dass die umstrittenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) zwischen der EU und den AKP-Staaten neu, nämlich entwicklungsgerecht, verhandelt werden.

b) Ist das Instrument der Budgethilfe aus Sicht Ihrer Partei geeignet, um im Sinne der Paris-Agenda die Eigenverantwortung der Partnerländer zu stärken und die Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen?

Der Süden hat Anspruch auf finanzielle Unterstützung, die die Empfänger selbst verwalten und nach ihren Bedürfnissen und gemäß ihren eigenen Entwicklungsstrategien einsetzen können. Entwicklungszusammenarbeit soll die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge in den Ländern des Südens stärken und nicht zu Parallelstrukturen und Entstaatlichung führen. Deshalb befürwortet DIE LINKE grundsätzlich die Budgethilfe, sofern sie nicht an neoliberale wirtschafts- und strukturpolitische Konditionen gebunden ist.

Verschuldung

Viele Entwicklungsländer leiden unter hohen Schulden, die ihnen die Basis für wichtige entwicklungsrelevante Ausgaben nehmen. Die Schuldenerlasse der letzten Jahre haben viele hoch verschuldete Länder entlastet, doch noch immer gibt es viele Entwicklungsländer, die hohe Schuldentilgungen leisten müssen. Aus Sicht der NRO besteht die Gefahr einer neuen Verschuldungsspirale, denn die Anfang April auf dem G20-Gipfel beschlossenen Milliardenbeträge zur Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer werden zum größten Teil über den Internationalen Währungsfonds als Kredite vergeben.

a) Sieht ihre Partei auch die Gefahr, dass die aktuellen Krisenfinanzierungen für Niedrigeinkommens- und Schwellenländer zu einer neuen Überschuldungskrise führen können und wenn ja, wird sie sich für die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens für Staaten einsetzen?

Die Gefahr sehen wir in der Tat. Deshalb fordert DIE LINKE in ihrem Bundestagswahlprogramm die Einrichtung fairer Schiedsverfahren für Staaten in der Schuldenkrise. Schulden bei privaten Gläubigern müssen einbezogen werden.

b) Wie steht Ihre Partei zum Konzept der Illegitimen Schulden? Wenn Sie das Konzept für richtig erachten, wie sollte eine Gleichbehandlung unterschiedlicher Kredite künftig verhindert werden?

DIE LINKE hat als einzige Fraktion im Bundestag das Thema Illegitimität von Schulden mit einer parlamentarischen Initiative zur Sprache gebracht (BT-Drs. 16/3618). Wir haben damals gefordert, dem norwegischen Beispiel zu folgen und illegitime Schulden ohne Anrechnung auf die ODA-Quote zu streichen und international anerkannte und transparente Kriterien zur Bestimmung illegitimer Schulden zu entwickeln. Leider haben wir dafür nicht die Zustimmung der anderen Fraktionen erhalten.

Welthandel

Kleine und mittelständische Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern können auf ihren heimischen Märkten häufig nicht mit den Produkten aus den Industrieländern konkurrieren. Dies behindert eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern und wirkt sich besonders dramatisch bei Agrargütern aus. Agrarexportsubventionen der Industriestaaten verstärken dieses Ungleichgewicht und gefährden die Existenz von Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Agrarexportsubventionen der Europäischen Union sofort abgeschafft werden und nicht erst wie angekündigt 2013?

DIE LINKE setzt sich für die umgehende Abschaffung der EU-Agrarexportsubventionen ein. Je früher desto besser. Leider sehen wir im Moment noch nicht einmal glaubhafte Schritte, um die Zusage für 2013 einzuhalten. Im Gegenteil es wurden erst jüngst neue Subventionen (für Schweinefleisch- und Milchexporte) erlassen. Dies ist auf unseren Widerspruch gestoßen.

b) Sollte aus Sicht Ihrer Partei den Entwicklungsländern in den Welthandelsregeln der World Trade Organisation (WTO) das Recht eingeräumt werden, ihre Märkte vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen, insbesondere um eine eigenständige Nahrungsmittelproduktion aufrechterhalten zu können?

Diese Forderung erhebt DIE LINKE schon lange. DIE LINKE hat sich in zahlreichen Initiativen gegen die neoliberale Handelspolitik der EU gewandt, die sich beim Thema reziproke Zollsenkung auf das WTO-Regelwerk beruft (BT-Drs. 16/3193; 16/5045; 16/7473). Wir wollen Ernährungssouveränität stärken, um das Menschenrecht auf Nahrung durchsetzen zu können. Dazu muss es den Entwicklungsländern ermöglicht werden, ihre ProduzentInnen vor der Verdrängungskonkurrenz aus dem Norden zu schützen und regionale Integration zu befördern.

Gesundheit

Die internationale Gemeinschaft hat mit der Millenniumserklärung drei direkt gesundheitsbezogene Ziele formuliert. Der Beitrag der deutschen Entwicklungspolitik zur Verbesserung der Gesundheitssituation in wirtschaftlich armen Ländern findet zunehmend Aufmerksamkeit in der entwicklungspolitischen Debatte. Trotzdem ist weltweit das Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet. Noch immer sterben jedes Jahr bis zu zehn Millionen Kleinkinder an leicht vermeidbaren Krankheiten, Mütter an Komplikationen bei der Geburt und Millionen Erwachsene an Krankheiten wie HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern leiden v.a. an mangelnder Finanzierung, eklatantem Personalmangel und fehlendem Zugang zu Arzneimitteln.

a) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ab 2010 wenigstens 10 % der international aufzubringenden Finanzmittel abdeckt, die für die Verwirklichung des Universellen Zugangs zu HIV-Prävention, Behandlung und Betreuung benötigt werden?

Ja, dies ist auch ein Ziel der Partei DIE LINKE und ein Auftrag an unsere künftige Fraktion.

b) Wie kann nach Ansicht Ihrer Partei die Erforschung, Entwicklung und der Zugang zu wirksamen und günstigen Medikamenten, Impfstoffen und Präventionsmitteln (wie zum Beispiel Mikrobiziden) gegen Armutskrankheiten wie HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und Polio sowie vernachlässigten Krankheiten gefördert und gewährleistet werden? Sollte die öffentlich

finanzierte Forschung zu diesen Krankheiten in Deutschland verstärkt werden?

Weltweit ist das Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet und der Zugang zu Arzneimitteln großen Teilen der Bevölkerung nicht möglich. DIE LINKE hat deshalb am 18.3.09 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht (Drucksache 16/12291), indem sie explizit die Bundesregierung auffordert, mindestens 10 Prozent der für die "Pharmainitiative" verausgabten Mittel für die Erforschung vernachlässigter Krankheiten und Armutskrankheiten vorzusehen. Die Finanzierung diesbezüglicher öffentlicher Forschung ist in Deutschland weiter zu stärken. Es ist sicherzustellen, dass öffentlich finanzierte Pharmainnovationen auch tatsächlich den Entwicklungsländern zu gute kommen, dem Patentsystem sind andere Anreizsysteme wie z.B. Patentpools an die Seite zu stellen, das TRIPS muss diesbezüglich überarbeitet und Entwicklungsländern Lizenzen für preiswerte Medikamente zur Verfügung zu gestellt werden.

c) Welche Maßnahmen müssen aus Sicht Ihrer Partei ergriffen werden, um die besonders gefährdeten gesundheitsrelevanten MDG 4 (Senkung der Kindersterblichkeit), 5 (Verbesserung der Müttergesundheit) und 6 (Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderer Krankheiten) bis 2015 zu verwirklichen? Inwiefern wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine überprüfbare, transparente und effiziente Politik für den Gesundheitsbereich unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu gewährleisten und sicherzustellen, dass der bisher im internationalen Vergleich sehr geringe Umfang der gesundheitsrelevanten EZ konsequent aufgestockt wird, um bis 2010 ein Mindestniveau von 0,1 % des BNE zu erreichen?

Die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel, der Müttersterblichkeit um drei Viertel und der Eindämmung von HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose und anderer Armut- und Infektionskrankheiten bis 2015 hat für die Fraktion die LINKE höchste Priorität. Die Realität weltweit spricht allerdings eine andere Sprache. Die LINKE fordert deshalb von der Bundesregierung die Aufstockung der diesbezüglichen Mittel bis 2010 auf ein Mindestniveau von 0,1 Prozent des BNE. Das Thema "Kindersterblichkeit" und "Sexuelle und reproduktive Gesundheit" soll stärker als bisher in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit vom BMZ thematisiert und aufgewertet werden.

d) Zur Erreichung der gesundheitsbezogenen Millenniumsentwicklungsziele ist es zentral, dass die Gesundheitssysteme in ärmeren Ländern gestärkt werden und insbesondere der Fachkräftemangel behoben wird. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Mangel von Gesundheitsfachkräften behoben und ein international verbindlicher Code of Conduct bei der Abwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Entwicklungsländern eingeführt wird?

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass ein international verbindlicher Code of Conduct bei der Abwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Entwicklungsländern und den ärmeren Ländern Osteuropas eingeführt wird.

Bildung

Unbestritten gilt Bildung als ein Grundstein selbstgetragener Entwicklung aller Menschen und insbesondere benachteiligter Mädchen und Frauen. Die Staatengemeinschaft hat sich unter dem Motto „Education for all“ (EFA und Fast Track) das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2015 in allen Ländern allen Kindern eine solide Grundbildung zu ermöglichen. Damit Jugendliche und Erwachsene ihre Entwicklung in die eigenen Hände nehmen können, brauchen sie zudem berufliche Aus- und

Fortbildung. Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Fortschritt hängen nicht zuletzt von qualifizierten Fachkräften und verantwortungsbewussten Eliten ab. Jede neue Generation in den jungen Entwicklungsländern benötigt ausreichenden Zugang zur tertiären Bildung.

a) Reicht die derzeitige Bildungsförderung aus oder sollte die Bundesregierung mit mehr Ländern den Bildungssektor zu einem Schwerpunktbereich der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit sowie der Förderung über nichtstaatliche Organisationen machen?

Bildung ist ein Menschenrecht und eine Grundvoraussetzung der vollen Persönlichkeitsentwicklung und entscheidet maßgeblich über die persönlichen Voraussetzungen im Erwerbsleben und die aktive demokratische Teilhabe in einer Gesellschaft. Deshalb ist es besonders wichtig, in einem ersten Schritt, den im Rahmen der Vereinten Nationen zugesagten Verpflichtungen nachzukommen und entsprechend den von der Globalen Bildungskampagne auf Grundlage von UNESCO-Zahlen berechneten angemessenen Anteil („fair share“) zur Finanzierung der bildungspolitischen Millenniumsziele zu leisten. DIE LINKE brachte dies bereits Anfang 2008 in den Bundestag ein (Bundestagsdrucksache 16/8812). Denn mit Ausnahme einiger kleinerer Staaten wie die Niederlande, Finnland oder Luxemburg haben alle OECD- Staaten, die sich zur Bereitstellung der global notwendigen Ressourcen bereit erklärt haben, von der Globalen Bildungskampagne diesbezüglich schlechte Noten bescheinigt bekommen. Insbesondere die Bundesregierung steht entgegen den eigenen Beteuerungen schlecht da. DIE LINKE will deshalb sicherstellen, dass künftig langfristige Finanzzusagen gemacht und diese auch umgesetzt werden, damit in den betroffenen Entwicklungsländern bei der Umsetzung der eingeforderten Bildungspläne zur Bereitstellung einer umfassenden Grundbildung für alle Kinder ausreichend Planungssicherheit besteht.

b) Könnte aus Ihrer Sicht in den bestehenden Sektorschwerpunkten (z.B. Wasser, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft) die Ausbildung von einheimischen Fachkräften und die Förderung entsprechender Bildungseinrichtung Vorrang erhalten?

Es ist auf jeden Fall sinnvoll, bereits bestehende Strukturen aufzubauen und zu unterstützen. Perspektivisch muss aber auch sichergestellt werden, dass die Vergabe von Darlehen und Fördermitteln in den Partnerländern tatsächlich eigenständige Entwicklungsprozesse stimulieren, dass Finanzzusagen für den Aufbau von Bildungssystemen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht an Forderungen wie Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen oder die Senkung der öffentlichen Ausgaben geknüpft werden, sowie darauf zu drängen, neben der Grundbildung auch den Ausbau der Sekundarstufen, der höheren Bildung und der Berufsbildung voranzutreiben.

c) Wie beurteilen Sie das Kooperationspotenzial zwischen Bildungseinrichtungen in Deutschland und Entwicklungsländern? Halten Sie neue, auf gegenseitigen Vorteil ausgerichtete Förderungsinitiativen und die Einbeziehung von Migranten für sinnvoll?

Durch Kooperationen entstehen neue Ideen und Synergieeffekte, sofern sie auf gleicher Augenhöhe geführt werden. Das mögliche Potenzial ist hierbei sicherlich noch nicht ausgeschöpft. Gerade MigrantInnen können hier eine wichtige kulturelle Brückenfunktion übernehmen.

Zugang zu adäquaten Nahrungsmitteln ist ein Menschenrecht und absolute Voraussetzung für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Die Ernährungssouveränität vieler Menschen in den Entwicklungsländern wird durch vielerlei Faktoren untergraben. Meist spielen nationale und internationale politische Fehlentscheidungen dabei eine große Rolle. Ungerechte Welthandelsstrukturen behindern die kleinbäuerliche Produktion, die in vielen Entwicklungsländern die Basis für die Ernährung der Bevölkerung ist. Außerdem fehlt vielen kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten der Zugang zu den notwendigen Produktionsmitteln wie Land, Wasser und Saatgut, technisches Know-how und die Anbindung an Infrastruktur.

a) Sollte aus Sicht Ihrer Partei die zukünftige Bundesregierung der ländlichen Entwicklung wieder mehr Aufmerksamkeit schenken und dementsprechend die Ausgaben in diesem Sektor erhöhen?

DIE LINKE hat in ihrem Haushaltsentwurf regelmäßig die Aufstockung der Unterstützung für die ländliche Entwicklung gefordert. Statt der exportorientierten Agrarindustrie müssen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, angepasste Technologien sowie eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung ins Zentrum der Förderung gerückt werden.

b) Sieht Ihre Partei in der „grünen Gentechnik“ ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Hungers in der Welt, welches gleichzeitig ökologische und soziale Nachhaltigkeit gewährleisten kann?

Nein, auf keinen Fall. DIE LINKE setzt, gestützt von etlichen Studien, auf die Ökologische Landwirtschaft – ohne den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen. Statt Saatmonopole zu schaffen, sollten lokale Saatgutmärkte gestützt und ausgeweitet werden.

Klimawandel

Der Klimawandel verschlechtert besonders die Situation der Ärmsten in den Entwicklungsländern, obwohl diese am wenigsten zu den klimatischen Veränderungen beigetragen haben. Die Hauptverursacher sind Industrie- und Schwellenländer, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen müssen. „Klimagerechtigkeit“ bedeutet, dass die Verursacher zum einen ihre Treibhausgasemissionen stark reduzieren und zum anderen den Entwicklungsländern dabei helfen, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Industrieländer also auch die EU und Deutschland ihren CO₂-Ausstoß um mehr als 40% bis 2020 gegenüber 1990 reduzieren, wobei diese Minderung wesentlich durch Maßnahmen in Deutschland erreicht wird?

Die Industrieländer müssen aufgrund ihrer hohen Emissionen und ihrer historischen Verantwortung für den Klimawandel eine Vorreiterrolle übernehmen. DIE LINKE fordert daher, dass die EU im Rahmen eines internationalen Klimaschutzabkommens ein Reduktionsziel von 40 Prozent bis zum Jahr 2020 übernehmen soll. DIE LINKE setzt dabei auf einen Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitig effizienterem und sparsamerem Umgang mit Energie. Die Produktion von Pflanzenölen und Biodiesel für den Eigenbedarf in der Land- und Forstwirtschaft sowie in geschlossenen Flottensystemen, z.B. regionalen Busunternehmen, soll gezielt gefördert werden. Agroenergie-Importe aus Ländern des Südens lehnen wir ab.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Deutschland mit mehreren Milliarden Euro pro Jahr zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern beiträgt? Sind diese

Finanzierungsleistungen der Industrieländer an Entwicklungsländer aus Sicht Ihrer Partei Leistungen, die in das 0,7%-Ziel zur Entwicklungsfinanzierung einbezogen werden sollten oder Ausgleichszahlungen der Hauptverursacher des Klimawandels, die zusätzlich geleistet werden müssen?

Die in Antwort auf Frage a) genannte historische Verantwortung des Nordens lässt für uns nur den Schluss zu, dass die Ausgleichszahlungen erheblich verstärkt werden müssen und eben nicht in das 0,7%-Ziel eingehen dürfen.

Governance

Wichtige Entscheidungen während der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise wurden von G20-Staaten getroffen. Die Vereinten Nationen, die alle Staaten vertreten, rücken in den Hintergrund. Dies macht auch das Abschlussdokument der G20 vom 2. April 2009 deutlich, in der die Vereinten Nationen praktisch nicht vorkommen. Vielmehr wird den Bretton Woods-Institutionen eine starke Rolle zugeschrieben. Doch auch der Internationale Währungsfonds und die Weltbank stehen in der Kritik, den Entwicklungsländern nicht genügend Mitsprache einzuräumen. Andererseits ist die Regierungsführung in den Entwicklungsländern ein entscheidender Faktor für Armutsbekämpfung.

a) Sollten die Vereinten Nationen aus Sicht Ihrer Partei das maßgebende Organ zur Lösung globaler Fragen und Probleme sein?

Ja. Die bereits existierenden UN-Organe, die sich mit der Lösung globaler Probleme befassen (UN-Weltklimarat, UNDP, UNEP, UNICEF, UNHCR usw.) sollten in ihrer Bedeutung stark aufgewertet werden. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Die LINKE den Vorschlag zur Etablierung eines UN-Rates für Entwicklung. Dieser sollte mit weit reichenden Kompetenzen bezüglich der Koordinierung, Richtlinienerstellung und Schwerpunktsetzung gegenüber den Unterorganisationen ausgestattet sein. Dabei muss gelten: Ein Land, eine Stimme. Dadurch wird der Einfluss der Entwicklungs- und Schwellenländer gegenüber den Industrienationen deutlich gestärkt.

b) Ist Ihre Partei dafür, einen Rat der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Fragen einzusetzen, der einen Ordnungsrahmen, auch unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Fragen, für die Weltwirtschaft setzt? Mit welchen Kompetenzen sollte ein solcher Rat ausgestattet sein?

Die Aufgaben eines derartigen UN-Wirtschaftsrates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft könnte der von den LINKEN unterstützte UN-Entwicklungsrat übernehmen. Internationale Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik muss sich den Prämissen einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung in allen Teilen der Welt unterordnen.

c) Welche Reformen sind aus Sicht Ihrer Partei erforderlich, damit die Kompetenzen der Vereinten Nationen zur Lösung globaler Herausforderungen gestärkt werden?

Zunächst sind auf der Ebene des UN-Weltsicherheitsrates Veränderungen notwendig, die die neuen Realitäten zwanzig Jahre nach Ende der Blockkonfrontation widerzuspiegeln vermögen. Es ist ein Anachronismus, dass lediglich China, Russland, Frankreich, Großbritannien und die USA ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind und über ein Vetorecht verfügen. Die LINKE fordert die UNO demokratisch zu reformieren. Die Generalversammlung muss gestärkt werden, der ständige Sicherheitsrat aufgelöst werden zugunsten eines rotierenden

Koordinationsausschusses. Die Zivilgesellschaft muss an Entscheidungen ernsthaft beteiligt werden, nicht nur Beobachterstatus haben. Darüber hinaus muss eine solide, langfristig angelegte und ausreichende Finanzierung der Arbeit der Vereinten Nationen sowie ihrer Organe und Unterorganisationen gewährleistet sein.

Problematisch ist aus Sicht der LINKEN die Zusammensetzung des 2006 gebildeten UN-Menschenrechtsrates. Unklare Kriterien für die Aufnahme von Mitgliedern sorgen dafür, dass diesem Gremium auch Staaten angehören, denen Verbrechen gegen die Menschheit bzw. die systematische Missachtung der Menschenrechte im eigenen Land vorgeworfen werden. Immer wieder kommt es vor, dass der Rat von einzelnen Mitgliedern dazu instrumentalisiert wird, von ihrer eigenen innenpolitischen Situation abzulenken.

d) Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei, gute Regierungsführung in den Entwicklungsländern zu fordern und zu fördern?

Gute Regierungsführung sollte von Deutschland und den westlichen Staaten nicht nur stereotyp von Entwicklungsländern eingefordert, sondern innerhalb der Außen-Handels- und Wirtschaftspolitik auch von ihnen selbst praktiziert werden. Gerade auf diesen Feldern sind, vor allem auf EU-Ebene, viele Defizite zu beklagen, laufen die Entscheidungsprozesse höchst undemokratisch und untransparent ab. Dazu gehören auch die Achtung internationalen Rechts und das Verbot von Angriffskriegen.

In der Wahl der Kooperationspartner sind bei anderer Gelegenheit gemachte Forderungen in Bezug auf Menschenrechte und guter Regierungsführung schnell vergessen, sobald strategisch-wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen. Das gilt für Deutschland vor allem bei der Diversifizierung der Erdöl- und Erdgasversorgung und die angestrebte Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ölproduzenten im subsaharischen Afrika. Über systematische Korruption und Machtmissbrauch zum Beispiel in Angola, Äquatorial-Guinea oder Nigeria wird gern Stillschweigen gewahrt, weil erhebliche Wirtschaftsinteressen berührt sind. Ähnliches gilt für das Engagement der deutschen und europäischen Privatwirtschaft in Entwicklungsländern. Es ist aus Sicht der LINKEN scheinheilig, die korrupten Praktiken mancher der dortigen Eliten zu geißeln und gleichzeitig nicht konsequent gegen die Schmiergeldzahlungen aus dem eigenen Land vorzugehen. Die Förderung der guten Regierungsführung fängt für DIE LINKE im eigenen Hause an.

Demokratische, friedliche und sozial gerechte Gesellschaften können nur von unten entstehen. DIE LINKE unterstützt soziale Bewegungen im Süden, die – oftmals unter schwierigsten Bedingungen – für Menschenrechte und für eine friedliche und soziale Entwicklung in ihren Ländern streiten.

Frieden und Sicherheit

Frieden und Sicherheit sind für Entwicklung Armutsbekämpfung unverzichtbare Voraussetzungen. genannte fragile Staaten liegen bei der Erreichung Millenniumsentwicklungsziele am weitesten zurück.

a) Wird sich Ihre Partei für einen Ausbau der Instrumente der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung engagieren, damit diese in der Außen- und Entwicklungspolitik gezielter, rechtzeitiger und wirksamer eingesetzt werden können?

DIE LINKE hat in der ausgehenden Wahlperiode in jeder Haushaltsberatung auf die finanzielle Stärkung dieser Instrumente gedrängt. DIE LINKE unterstützt die massive Ausweitung des

deutschen Zivilen Friedensdienstes, fordert die Etablierung eines europäischen Zivilen Friedensdienstes und will eine Initiative zur Unterstützung eines Afrikanischen Zivilen Friedensdiensts durch die EU anstoßen. (siehe Bundestagsdrucksachen 16/3620 und 16/4490)

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das Verhältnis von Ausgaben für militärische und zivile Zwecke im Bundeshaushalt auszugleichen und insbesondere für den zivilen Aufbau in Afghanistan mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?

Genau dies hat DIE LINKE die gesamte Wahlperiode über getan. Unsere Anträge zu den Haushaltsberatungen hatten stets tiefe Einschnitte in den Verteidigungsetat, insbesondere bei der Rüstungsgüterbeschaffung, zugunsten der Entwicklungshilfe vorgesehen. Das jüngste Friedensgutachten bestätigt uns in der Einsicht, dass es für Afghanistan und Somalia keine „militärische Lösung“ geben kann. DIE LINKE fordert den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und eine verstärkte, dabei effiziente, am tatsächlichen Bedarf ausgerichtete und sozial angepasste zivile Aufbauhilfe.

c) Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 und 1820 zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten und zur Stärkung ihrer Rolle in Friedensprozessen bei? Wie kann sich die deutsche Entwicklungspolitik aus Sicht Ihrer Partei stärker für die Umsetzung beider Resolutionen einsetzen?

Die LINKE hat in vielen parlamentarischen Initiativen die Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 und 1820 gefordert und kritisiert, dass die Bundesregierung nur wenige Projekte im Rahmen von 1325 fördert. Die Ausgaben für diese Projekte stehen in keinem Vergleich zu den hohen Ausgaben für die militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

In der Entwicklungszusammenarbeit sollten insbesondere in den Ländern, die von kriegsähnlichen Konflikten geprägt sind, spezifische Frauenprogramme und Präventionsmaßnahmen verstärkt gefördert werden. Auch sollten alle Projekte in solchen Ländern überprüft werden, ob und inwieweit die beiden Resolutionen überhaupt eine Rolle spielen. Ganz allgemein sollten diese beiden Resolutionen eine größere Rolle in der entwicklungspolitischen Debatte spielen. In der eigenen politischen Praxis unterstützen wir zahlreiche Friedensaktivistinnen und Frauengruppen in Krisenregionen, wie z.B. Israel/Palästina, Afghanistan, Kolumbien, Bolivien, u. a.

Entwicklungspolitische Bildung

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland stärkt die Solidarität und das Wissen um die Zusammenhänge der Globalisierung und ist somit eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. Die UNESCO hat bereits mehrfach von den UN-Mitgliedsstaaten gefordert, mindestens zwei Prozent Ihrer ODA für entwicklungspolitische Bildungsarbeit bereit zu stellen. Der Bundestag hat die Bedeutung entwicklungspolitischer Inlandsarbeit in verschiedenen Beschlüssen unterstrichen. Dennoch liegen die Ausgaben für die entwicklungspolitische Bildung 2006 bei 0,26% (aktuelle Zahlen).

a) Welchen Stellenwert weisen Sie der entwicklungspolitischen Bildung zu und werden Sie sich dafür einsetzen die finanziellen Mittel gemäß der Forderung der UNESCO zu erhöhen?

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland ist für DIE LINKE ein unbedingter Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit und die Voraussetzung für eine gerechtere Weltordnung. Viele globale Probleme wie die Klimawandel, Handelsfragen und gerechte

Wirtschaftsbeziehungen haben ihren Ursprung in den Industrieländern und somit auch in Deutschland. Also muss Bewusstseinsbildung hier vor Ort ansetzen. Dazu brauchen wir informierte BürgerInnen und bewusste VerbraucherInnen, wie es schon in den Zielen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gefordert wurde, deren zweite Halbzeit ja gerade in Bonn eingeleitet wurde.

Zur entwicklungspolitischen Bildung gehört Erwachsenenbildung genauso wie die Sensibilisierung für globale Zusammenhänge und die Aufnahme von Fragen einer „gerechten Welt“ in die Schulcurricula wie auch die Aufnahme menschenrechtlicher und Umwelt-Themen in wirtschaftspolitische und naturwissenschaftliche Studiengänge.

Der Etat für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit ist in jedem Fall viel zu gering, um strukturelle Veränderungen zu bewirken. Wir befürworten eine Erhöhung des Etats für Bildungsarbeit. Dieser sollte jedoch nur zum Teil aus ODA-Mitteln finanziert werden. Die Bildungsausgaben sollten insgesamt auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden; dies schließt Mittel für die entwicklungspolitische Bildung an Schulen und Universitäten mit ein. EU-Mittel und ODA-Mittel sollten verstärkt zivilgesellschaftliche politische Arbeit und Programme von NROs fördern und somit eine langfristige Arbeit gewährleisten.